

Ausverkauf Europas eingeleitet

EU-Parlament beschließt Resolution zur weiteren Verhandlung von TTIP. Private Schiedsgerichte dürfen künftig Staaten verklagen

Simon Zeise

Demokratie schafft sich selbst ab. Konservative, Liberale und Teile der europäischen Sozialdemokraten stimmten am Mittwoch für eine Resolution zu weiteren Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Im Parlament wurde sie mit 436 Ja- gegen 241 Neinstimmen durchgeboxt. Breite Bevölkerungsschichten hingegen lehnen die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) vor allem wegen der privaten Schiedsgerichte (ISDS) ab, mit deren Hilfe Unternehmen ihre Profitinteressen in juristischen Parallelinstanzen zum öffentlichen Recht einklagen könnten.

Bernd Lange (SPD), der den Resolutionsentwurf federführend erarbeitet hatte, hatte vor der heutigen Abstimmung bekanntgegeben, dass die ISDS-Schiedsgerichte durch ein »neues System zur Streitbeilegung« ersetzt werden sollten: Raider heißt jetzt Twix. Oder, etwas konzilianter, in den Worten des Linken-EU-Abgeordneten Helmut Scholz: »Wenn es nach den Sozialdemokraten geht, soll der ISDS-Mechanismus nun durch den ISDS-Mechanismus ersetzt werden.« Die Befürworter im Parlament »verständigten sich darauf, den Menschen zu sagen, man nehme ihre Sorgen ernst, während sie im selben Moment der Kommission sagen, sie solle unbeirrt weiterverhandeln«, ergänzte Scholz. Über einen weitergehenden Antrag, der ein klares Verbot der privaten Schiedsstellen gefordert hatte, wurde nicht einmal abgestimmt. Die Entscheidung hierzu mündete in einen Streit zwischen mehreren Grünen-Abgeordneten und Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD). Die Grünen warfen Schulz vor, die Geschäftsordnung zu verbiegen. Nur dadurch habe Schulz zuerst über den Antrag seines Parteifreundes Lange entscheiden lassen. Lange urteilte nach der Abstimmung, das »Europaparlament beerdigt private Schiedsstellen«.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) übte sich in einem ja, aber: »Als Schritt in die richtige Richtung«, dem aber Nachbesserungen beim Investorenschutz folgen müssten, bezeichnete Vorstandsmitglied Stefan Körzell die Entscheidung. Die gesetzten Maßstäbe müsse das Europaparlament nun auch an das mit Kanada geschlossene CETA-Abkommen anlegen, so Körzell. Wenn dort nicht ebenso nachverhandelt werde, wie es bei TTIP der Fall gewesen sei, dann »könne dies nur eins bedeuten: ein klares Nein zu CETA!«

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sah das anders: »Mit dieser Resolution macht das EU-Parlament vor Großkonzernen einen Kotau«, erklärte deren Vorsitzender Hubert Weiger. Obwohl beiderseits des Atlantiks der Widerstand gegen TTIP wachse und Millionen Europäer sich in einer Bürgerinitiative gegen TTIP ausgesprochen hätten, werde »ein fauler Kompromiss als Erfolg verkauft«, so Weiger. Der BUND und das Bündnis »Stop TTIP« rufen für den 10. Oktober nach Berlin zu einer Großdemonstration gegen das Freihandelsabkommen auf. Der DGB dürfte dafür keine größeren Anstrengungen unternehmen. Doch liegen die Chancen für eine Ablehnung von TTIP nicht bei null. Mehr als 2,3 Millionen Unterschriften hat das Bündnis bereits gegen den Ausverkauf Europas gesammelt. Peter Fuchs vom Bündnis »TTIPunfairHandelbar« sagte, es sei »bemerkenswert, dass einige sozialdemokratische Abgeordnete, unter anderem aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Österreich und Großbritannien, sich dem Druck von Martin Schulz und Bernd Lange nicht gebeugt und den ISDS-Kompromiss abgelehnt haben«.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-09/060.php>